

Unterschiedliche Antworten auf die Krise

19. März 2009

Zwischen der EU und der USA ist ein heftiger Streit über die richtige Antwort auf die globale Krise entbrannt. Aus Washington werden Forderungen laut, die staatlichen Konjunkturprogramme müssen weiter aufgestockt werden. Doch dagegen wehren sich die meisten EU-Staaten und die EU-Kommission. Der Streit wurde durch Meldungen über Pläne der USA und Großbritanniens, auf dem Weltfinanzgipfel Anfang April ein gigantisches, kreditfinanziertes Paket gegen den Zusammenbruch des Welthandels vorzuschlagen, angeheizt. Larry Summers, Wirtschaftsberater von US-Präsident Obama, hatte die Europäer zudem aufgefordert, kurzfristig mehr zu unternehmen, um die weltweite Nachfrage zu stärken. Die USA ist besorgt darüber, dass das globale Sparen zu einer lang anhaltenden Rezession oder gar Depression führen könnte und übt deshalb Druck auf den Rest der Welt aus.

Auch die Zentralbanken der USA (FED) und des Euro-Raums (EZB) haben unterschiedliche Konzepte beim Kampf gegen die Folgen der Finanzkrise. Die FED und auch die Bank of England versuchen auf der einen Seite unter allen Umständen eine lähmende Deflation zu verhindern. Die EZB auf der anderen Seite glaubt, dass eine solche Politik nicht kostenfrei zu haben ist. Ihre Überlegung ist, dass eine zu starke oder nicht rechtzeitig zurückgenommene Lockerung die Gefahr birgt, eine nächste Blase an den Märkten zu erzeugen.

Bereits im Jahr 2002 hat sich die Vorsicht der EZB als richtig erwiesen. Damals warnte der Internationale Währungsfonds (IWF) vor Deflationsgefahren. Die FED fuhr ihren Leitzins auf 1,25 Prozent zurück, doch die EZB senkte nicht unter zwei Prozent. Laut Meinung der Ökonomen hätte sich die darauf folgende Krise wesentlich stärker ausgewirkt, wenn die EZB damals dem Beispiel der FED gefolgt wäre.

Die FED und die Bank of England haben bei den Leitzinsen kaum noch Spielraum nach unten. Die Bank of England hat daher letzte Woche ein neues Kapitel im Kampf gegen die Rezession und die Finanzkrise aufgeschlagen und mit dem Ankauf von Staatsanleihen begonnen. Finanziert werden die Ankäufe durch die Notenpresse. Ziel dieser Maßnahme ist, mehr Geld in das Finanzsystem zu pumpen und dadurch den Kreditfluss von den Banken zu Unternehmen und Haushalten wieder in Gang zu bringen und so das Renditenniveau der Volkswirtschaft zu senken. Von der Rendite der Staatspapiere hängen zahlreiche weitere Zinssätze ab.

Die Meldungen rund um die Krise drehen sich vor allem um Verluste, hohe Ausgaben, Gefahren und negative Ausblicke. Lichtblicke gibt es indes für alle, die jetzt eine Baufinanzierung abschließen. Durchschnittlich 6,60 Prozent Zinsen musste ein Baugeldinteressent in den letzten 20 Jahren für sein Darlehen zahlen. Aktuell liegen die Zinsen für ein Darlehen mit einer Zinsbindung von zehn Jahren bei nur 3,86 Prozent (Stand 19.03.2009). Daher raten wir allen Erstfinanzierern oder Darlehensnehmern, bei denen in den nächsten fünf Jahren eine Umfinanzierung ansteht, sich die derzeitigen Zinsen langfristig zu sichern. Selbst 30-jährige Zinsbindungen sind schon für unter 4,50 Prozent zu bekommen. Und das gesetzliche Kündigungsrecht gibt Ihnen die Möglichkeit, die Zinsen nach zehn Jahren neu festzusetzen. Eine Zinsbindung von dreißig Jahren birgt für Sie also kein größeres Risiko als ein Darlehen mit einer zehnjährigen Laufzeit.

Tendenz

Kurzfristig: schwankend

Langfristig: schwankend